

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Zusendung 1,20 RM. für den Monat, 3,10 RM. für den Monat. Durch die Post 6,10 RM. für den Monat. Postfachkonto Nr. 2200. Verlagsanstalt: Verlag v. G. m. b. H. Dresden. Fernsprechnr. -Anschluß: Ring Nr. 20 27

Sonntag, den 12. Juni 1921

Angegebene Maße: Die 8 gestrichelten Millimeterzeile über deren Nummer 1,00 RM. enthält 0,20 Stellen- und Wohnungssteuer, Familiensteuer, Druck- und Verlagssteuer 0,20 RM. Netto: Die Millimeterzeile, gestrichelt über deren Nummer im Text 0,20 RM.

Das System Lybs

Der Breslauer Polizeipräsident hat kürzlich die Öffentlichkeit mit einem Schreiben beglückt, dessen Inhalt sich ausschließlich mit der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ beschäftigt. Dieses Schriftstück ist für uns von allergrößtem Interesse, weil es uns den politischen Standpunkt nicht allein des Polizeipräsidenten, sondern der Breslauer Polizeibehörde überhaupt aufzeigt.

Die Einstellung, die der Polizeipräsident der Kommunistischen Partei gegenüber einnimmt, liegt in dem ohne jeden Zusammenhang befindlichen, aber geschickt verknäuelten Satz, daß unsere Partei mit illegalen Mitteln illegale Ziele verfolge. Das heißt in verständliches Deutsch übersetzt: die Kommunisten haben sich überhaupt nicht zu beschweren, sie stehen außerhalb der Geseze. Streng genommen, braucht sich die Polizei überhaupt nicht an Geseze zu halten.

Daß dies die stillschweigende Voraussetzung ist, geht aus dem gleich anschließenden Satz hervor. Die Polizeibehörde habe nie etwas außerhalb des Rahmens der Geseze gegen die Arbeiter-Zeitung unternommen.

Das ist also die Weltanschauung des Breslauer Polizeipräsidenten: Obwohl ich es garnicht nötig hätte, mich den Kommunisten gegenüber an die Geseze zu halten, habe ich es dennoch getan. Wie ein zweiter Pontius Pilatus wäscht er seine Hände in Unschuld.

Alles, was der Polizeihilfskommissar bis jetzt gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ und die Breslauer Kommunisten unternommen hat, wird durch den Polizeipräsidenten gedeckt.

Er wird noch deutlicher in einer zweiten Zuschrift an die rechtssozialistische „Volksmacht“, in der er auch den bösen angegriffenen Dezerenten der Politischen Polizei verteidigt. Auch den Dezerenten (einen Rechtssozialisten!) trifft keinerlei Verantwortung.

Der Polizeipräsident schreibt: „Die allgemeine Befugung, von den Befugnissen des § 23 Preßgesetzes gegenüber der aufreizenden Tätigkeit der Arbeiter-Zeitung energischen Gebrauch zu machen, rührt von mir her, wie überhaupt wichtige Entscheidungen auf politischem Gebiete naturgemäß mir oder meinem Stellvertreter vorbehalten sind.“

Diese Feststellung ist für uns wichtig, weil wir aus ihr allerlei Schlüsse ziehen können.

Zuerst, ehe wir auf Einzelheiten eingehen, wollen wir noch das Ende des Schreibens, den rechtssozialistischen Dezerenten betreffend, zitieren:

Der Polizeipräsident schließt: „Die einzelne Beschlagnahme kann nach Lage der Sache nur von dem zuständigen Kriminalkommissar auf Grund der allgemeinen Befugung vorgenommen werden, ohne daß dem Dezerenten oder mir Einsichtnahme dadurch möglich wäre.“

Sehen Sie, Herr Polizeipräsident, das wollten wir nämlich gerade hören, das ist des Pudels Kern. Die „allgemeine Befugung“ rührt von Ihnen her, wie aber die einzelnen Attentate gegen die Arbeiter-Zeitung ausfallen, das entzieht sich Ihrer „Einsichtnahme“ und bleibt einzig dem Kommissar, in unserm Falle dem Herrn Lyb, überlassen.

Das ist das alte gute preußische Polizeisystem. Die oberen Stellen geben die „allgemeine Anweisung“ und die unteren Stellen wurfeln und beschlagnahmen darauf los.

So kann es auch nur kommen, daß Lyb Artikel für beschlagnahmefähig erklärt hat, an denen kein Berliner Staatsanwalt (und die sind gewiß nicht von Pappel) etwas auszusetzen hatte.

Aber das sind eben die Methoden des alten Preußens, wo gebiente Unteroffiziere über ernste Fragen von Kunst und Geschmack zu entscheiden hatten und jeder Staatsbürger sich zu fügen hatte, wenn so ein Feldwebel a. D. ein Kunstwerk für unfittlich erklärte.

Das sind dieselben Methoden, Herr Dezerent und Rechtssozialist, über die sich Ihre Liegnitzer Volkszeitung kürzlich lächerlich machte und wie sie während des Sozialistengesetzes in Schwang waren. Hilfskolonisten mit zweifelhafter Schulbildung durchschnüffelten literarische Arbeiten von hohem politischen Wert nach Hochverrat oder anderem Unrat.

Genau so ist es heute noch. Bloß daß jetzt wir Kommunisten die von der Polizei Verfolgten sind, denen ein Hilfskommissar die Zeitung beschlagnahmen kann, wenn in einem Artikel, gleichviel in welchem Zusammenhang, das Wort „Kampf“ drin vorkommt. So ist es aber der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ mehrfach in letzter Zeit ergangen.

Und das ist das System, das wir bekämpfen, das ist das System, dessen reaktionärer Kopf Lyb heißt.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vor dem außerordentlichen Gericht

Redakteure, Geschäftsführer und Genossenschaftsvorstand auf der Anklagebank

Die weißen Richter am außerordentlichen Gericht Breslau haben sich mit allem Raffinement eine Methode ausgeklügelt, gegen eine politische Zeitung vorzugehen, die bisher einzig in der Geschichte der weißen Unrechtsprechung dasteht.

Es werden nicht nur die verantwortlichen Redakteure auf die Anklagebank gesetzt, sondern auch der Geschäftsführer und die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft. Die Rache der Orgeze ist unersättlich. Sie kann nicht Opfer genug schlucken.

Die Verhandlung gegen unsere Genossen findet am Montag, den 13. Juni, vormittags, vor dem außerordentlichen Gericht Breslau statt. Wir werden über die Verhandlung ausführlich berichten. Heute veröffentlichen wir die Anklageschrift und einen Artikel „Das System Lyb“. Lyb wird in der Anklageschrift als Hauptzeuge genannt und hat sich auch in der Bekämpfung der Breslauer Kommunisten besondere Verdienste erworben.

Die eigentümliche Rolle, die dieser Hilfskriminalkommissar bei der Breslauer Polizei spielt, wird durch den Prozeß selbst ins richtige Licht gesetzt werden.

Anklageschrift gegen

1. den Redakteur Kurt Rebert, geboren am 23. Juni 1891 in Oera (Rußl.), wohnhaft in Breslau, Nikolaistr. 49-50, ledig, unbefragt (I 26), seit dem 27. Mai 1921 in dieser Sache hier in Untersuchungshaft;

2. den Redakteur Ernst Becker, geboren am 18. August 1900 in Hannover, wohnhaft in Breslau, Nikolaistr. 49-50, I, bei Grünpeter, ledig; angeblich unbefragt; seit dem 3. Mai 1921 in dieser Sache hier in Untersuchungshaft;

3. den Geschäftsführer Bernhard Kühl, geboren am 17. Mai 1877 in Raminda (Ußedom-Bollin), wohnhaft zuletzt in Breslau, Anderstr. 73, bei Kappler, vorher in Bernau (Mark), Bismarckstr. 18; verheiratet, angeblich unbefragt; vom 4.-11. Mai 1921 in dieser Sache hier in Untersuchungshaft gewesen;

4. den Eisenbahnboten Hugo Kiebel, geboren am 7. November 1887 in Breslau, wohnhaft in Breslau, Subenstr. 78, verheiratet, angeblich unbefragt;

5. den Kaufmann Georg Damelang, geboren am 12. Januar 1875 in Berlin, wohnhaft in Breslau, Gottschalkstr. 20, verheiratet, angeblich unbefragt.

Das in Breslau erscheinende „Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)“, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, hat in den Monaten März, April und Mai d. Js. verschiedentlich Artikel gebracht, welche Aufforderungen zum Ungehorsam gegen Geseze und rechtsgültige Verordnungen und zur Begehung strafbarer Handlungen sowie Aufreizungen in Verbindung mit Aufforderungen zur Ausführung hochverräterischer Unternehmen vorbereitende Handlungen enthielten.

Es kommen dabei folgende Artikel in Frage:

I. a) Nr. 68 vom 22. 3. 1. Seite 1: „Mitteldeutschland ist eine Mahnung an alle Arbeiter!“ Seite 2: „Nieder mit der Stinnesregierung!“

b) Nr. 71 vom 25. 3.: Seite 1: „Verschärft Alarmberichtschaft.“

c) Nr. 72 vom 27. 3.: 1. Seite 1: „Erhöhter Kampfbereitschaft.“ 2. Seite 2: „An das deutsche Proletariat.“

d) Nr. 73 vom 30. 3.: (Nicht zur Verbreitung gelangt) 1. Seite 2: „Keine Amnestie!“ 2. Seite 2: „Eisenbahner!“ 3. Seite 3: „Orgezeoffiziere als Grundbesitzer!“

II. a) Nr. 75 vom 1. 4.: Seite 1: „Schlekt die Reihen zum Generalstreik!“ und zwar besonders der 8. Absatz.

b) Nr. 4 vom 2. 4.: (Nicht zur Verbreitung gelangt) 1. Seite 1: „Gegen den weißen Terror.“ 2. Seite 2: „Die Massen fallen!“ und zwar letzter Absatz auf Seite 3.

c) Nr. 75 vom 5. 4.: Seite 1: „An das deutsche Proletariat!“ und zwar besonders die letzten Absätze, beginnend mit den Worten: „Es gilt, die Zeit zu nützen.“

d) Nr. 93 vom 28. 4.: 1. Seite 1: „Zum 1. Mai“, und zwar die letzten Absätze, beginnend mit den Worten: „Arbeiter und Arbeiterinnen!“ 2. Seite 2: „Die Pleite im Reich und in Preußen“, und zwar der letzte Satz.

Es ist nicht von ungefähr, daß sich die Anklageschrift gegen die Arbeiter-Zeitung gerade auf das Zeugnis dieses Lyb stützt, auf denselben Lyb, dem es vorbehalten blieb, dauernd die Beschlagnahme der Arbeiterzeitung anzuordnen und der mit Mitteln vorging, die wahrlich nicht immer im Rahmen der Geseze“ blieben. Wir denken dabei an die Verhaftung des Genossen Ernst Becker, die ohne Haftbefehl durch Lyb vorgenommen wurde, und an die Vorenjur, die der Hilfskommissar Lyb ausübte, wiederum ohne gesetzlich dazu berechtigt zu sein.

a) Nr. 94 vom 27. 4.: 1. Seite 1: „Das Feilschen um die Beute“, und zwar die letzten Absätze, beginnend mit den Worten: „Die deutschen Arbeiter dürfen nicht untätig bei Seite stehen.“

2. Seite 3: „Die 2. Internationale ruft zur Eroberung der politischen Macht auf“, und zwar letzter Absatz.

f) Nr. 96 vom 29. 4.: Seite 1: „Die Not der Arbeitslosen“, und zwar die letzten 4 Absätze auf Seite 2.

g) Nr. 98 vom 1. 5.: 1. Seite 1: „Kampf-Mai 1921“, 2. Seite 2: „Soll es beim Proteststreik bleiben?“ 3. Seite 3: „Gewerkschaftsmitglieder, wollt Ihr endlich kämpfen oder langsam verenden?“, und zwar der letzte Absatz. 4. Beilage Seite 13: „Der 1. Mai: ein Tag der Heerzucht“, und zwar besonders die letzten 4 Absätze. 5. Beilage Seite 2: „Der 1. Mai der Jugend“, besonders die letzten Absätze, beginnend mit den Worten: „Ein Kampftag sei uns der 1. Mai.“

Der Angeeschuldigte Neubert ist auf den unter I, der Angeeschuldigte Beder auf den unter II angeführten Nummern als „verantwortlich für den gesamten Inhalt“ bezeichnet.

Auf sämtlichen Nummern ist als „Herausgeber: Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“ angegeben.

Nach § 2 der Satzungen dieser Genossenschaft ist „Gegenstand des Unternehmens“ u. s.: „Verlag und Vertrieb von periodischen Zeitschriften, insbesondere der Schlesischen Arbeiter-Zeitung.“

Nach § 16 wird die Genossenschaft durch den Vorstand vertreten, der nach § 17 ihre Geschäfte führt.

Die Angeeschuldigten Kiebel und Damelang sind Vorstandsmitglieder, der Angeeschuldigte Kühl ist vom Vorstand zum Geschäftsführer bestellt worden.

In dieser Eigenschaft kommen die Angeeschuldigten Kiebel, Damelang und Kühl, soweit Aufforderungen zum Ungehorsam gegen Geseze und Verordnungen, zur Begehung strafbarer Handlungen und zur Ausführung eines hochverräterischen Unternehmens vorliegt, als Täter, soweit Aufreizung zum Klassenkampf vorliegt, als Mittäter in Frage.

Demnach klage ich an: in Breslau im März, April und Mai 1921 durch eine und dieselbe — fortgesetzte Handlung teils allein, teils gemeinschaftlich miteinander und mit anderen die Angeeschuldigten Neubert und Beder auch als verantwortliche Redakteure einer periodischen Zeitschrift B. — soweit die Herstellung und die Verbreitung der Zeitungen erfolgt ist —

1. in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich aufgereizt zu haben.

2. durch Verbreitung von Schriften aufgefordert zu haben:

a) zum Ungehorsam gegen Geseze und rechtsgültige Verordnungen,

b) zur Begehung einer strafbaren Handlung,

c) zur Ausführung eines § 82 St. G. B. strafbaren hochverräterischen Unternehmens, nämlich dazu die Verfassung des deutschen Reichs gewaltsam zu ändern.

A. — soweit die Herstellung, aber nicht die Verbreitung der Zeitungen erfolgt ist —

andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlungen begangen zu haben.

Verbrechen und Vergehen strafbar nach §§ 130, 110, 111, 85, 82, 81 2, 86, 47, 73, St. G. B. — § 13^a, des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. 8. 20. (R. G. Bl. S. 1555) § 3 der Verordnung über Waffenbesitz vom 13. 1. 19 (R. G. Bl. S. 31), § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 10. 11. 20 (R. G. Bl. S. 1865), § 20 Preßgesetzes. —

Beweismittel:

A. Eigene Angaben,

B. Die angeführten Zeitungen,

C. Zeugnis des Hilfskriminalkommissars Lyb s.

Ich beantrage:

die Hauptverhandlung vor dem außerordentlichen Gericht Breslau anzuordnen.

gez. Dr. Rogiue,

Staatsanwaltschaftsrat.

Der Polizeipräsident mag ein noch so gutgläubiges Gesicht aufsetzen, wir kennen die zwei Strömungen innerhalb der Breslauer Polizei und wissen, daß Lyb der vorgeschobene Posten der Orgeze ist.

Und dieser Lyb will mit dem Prozeß gegen die Kommunisten sein Meisterstück ablegen. Aber er soll sich nicht verrechnen haben. Zwar hat er erst kürzlich gedroht: „Wir werden euch Kommunisten schon klein kriegen“, aber es kann auch einmal sehr schnell anders kommen.

Der Meuchelmord am Abgeordneten Gareis.

(11.) München, 10. Juni.

Heute Nacht ist in München ein schweres politisches Verbrechen begangen worden. Der der unabhängigen Sozialdemokratie angehörende Landtagsabgeordnete Gareis, der gestern abend einen Vortrag über das Thema: „Die drohende Verflechtung der Schule im Freidenkertum“ gehalten hatte, wurde auf dem Nachhauseweg in der Fregstraße von einem Unbekannten durch vier Revolverschüsse in den Kopf schwer verletzt. Er wurde in das Schwabinger Krankenhaus eingeliefert, wo er noch in der Nacht den schweren Verletzungen erliegen ist. Gareis war der geistige Führer der Landtagsfraktion der bayerischen Unabhängigen.

Ueber die Ermordung verbreitet die unabhängige Presse folgende Darstellung:

Die Rache der Einwohnerwehr.

Heute Nacht um 12.30 Uhr wurden auf den Genossen Gareis, als er von einer Freidenkerverammlung in Begleitung eines Genossen zurückkehrte, unmittelbar vor seiner Wohnung vier Schüsse abgegeben. Der letzte Schuß drang durch das linke Ohr in das Gehirn ein. Genosse Gareis wurde sofort bewußtlos und verblieb, nachdem er in das Schwabinger Krankenhaus gebracht worden war, dort um 2 Uhr nachts, ohne vorher das Bewußtsein erlangt zu haben. Der Mörder ist ein junger Mann in festgrauem Anzug und Widelgamaschen.

Schon seit 8 Wochen erhielt Genosse Gareis Drohbriefe; eine Reihe von bayerischen Zeitungen haben wiederholt in seiner Ermordung aufgefordert, ohne daß die Behörden einschritten. Vor wenigen Tagen erst schrieb ein Blatt der bayerischen Volkspartei, daß man den Genossen Gareis wie einen toten Hund loszuschleichen müsse. — Es ist ganz offensichtlich, daß der unermüdete Kampf des Genossen Gareis gegen die bewaffnete Organisation der Konterrevolution und die Einwohnerwehren das Motiv zur Tat war.

Die Vertreter der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften beraten zur Zeit über die zu treffenden Maßnahmen. Die Vertreter der Maschinenfabrik Maffei haben, ohne die Beschlüsse der Gewerkschaften oder der Partei abzuwarten, beschlossen, die Arbeit wiederzulegen.

Die Mordheger londonieren.

Der unabhängige Landtagsabgeordnete Gareis führte einen schärferen Kampf um die Entlassung, als die übrige USPD ihn zu führen pflegt. Am erfolgte die Rache der Orgesch durch den von ihr bestellten Mörder. Und jetzt haben die Schöpfer und die Schützer dieser Mordhege, die Anstifter des Mordes, die Ström, Jerr und Worbio über die ihnen — ach so willkommene — „ruchlose“ Mordtat zu lächeln. In ihrem Herzen lächelnd, beteuern sie ihre eigene Unschuld und sprechen den Betroffenen ihr Mitleid aus.

Der bayerische Ministerrat ertief in Abwesenheit des Ministerpräsidenten eine Erklärung, in der er in hohlen Phrasen der Empörung, die nur Mut in den revolutionären Arbeitern erzeugen können, den Hinterbliebenen seine Teilnahme ausdrückt. Der Mörder von dem der Ministerrat sagt, daß er vielleicht aus Fanatismus diese Tat begangen habe, ist natürlich noch nicht gefundener. Aber die Regierung wolle sich alle Mühe geben, ihn zu finden und hat deshalb die Polizeiverwaltung (deren Führer ist Pöhner, einer der schlimmsten Mordheger Bayerns) alarmiert, den Mörder zu suchen und sogar einen Preis von 10.000 Mark auf die Ermittlung des Täters ausgesetzt. (Zur Ermittlung eines Diebes legt man 50.000, 100.000 und mehr Mark aus.)

Auch der bayerische Landtag preßt sich unter Freudenstränen eine Mitleidskundgebung ab.

Der Befragungsausschuß des bayerischen Landtags bringt ebenfalls keinen „Abschluß“ über das „nicht genug zu verurteilende Verbrechen“ zum Ausdruck.

Der Hauptschuldige am Mord, der bayerische Ministerpräsident Rahr, wagt es, vor die durch seine Schandthaten von diesem Unfälle Betroffenen zu treten und ihnen sein „Mitleid“ auszudrücken. Keine Phantasie kann eine schaffigere Gendeklei ausdenken. Auch er kondoliert der Witwe des Ermordeten.

Während die Vertreter der bayerischen Volkspartei in der Regierung diesen unwürdigen, schandvollen Enttäuschungswindeln mitmachen, bleibt ihr offizielles Blatt konsequent. Der „Bayerische Kurier“ erinnert daran, wie abstoßend das von Gareis betriebene Anschwären des Heimatlandes bei den Verbandsmächten in weiten Volksteilen gewirkt hat.

In Bayern führen alle bürgerlichen Parteien bis zu der Demokratie die Mordregierung Rahr. Aber die demokratische Presse Bayerns hielt ebenfalls Mäulchen über die Mordtat. — Die mehrheitssozialistische „Post“ fürchtete schon die Erregung der Arbeiterschaft und schreibt wörtlich (es ist dies keine Erfindung eines Revolutionärs, der die ganze Profitiererei der Rechtssozialisten aufzählen will!) kaum, daß die Leiche Gareis erkalte: „Möge vom Tode des Genossen Gareis eine Läuterung und Veredelung unserer politischen Kampfesform ausgehen.“

Die Kommunisten haben bereits zum Kampfe gegen die ganze Mordgesellschaft und Mörder sind sie alle, die Mordregierenden und ihr Apparat — um alle Schuldschancen endlich vor die Gerichte zu stellen, die allein Recht über sie zu sprechen imstande sind, vor die Revolutionstrümpfe des Proletariats.

Generalstreik in München.

Der Aktionsausschuß der Betriebsräte, sowie die drei sozialistischen Parteien haben heute abend den Generalstreik beschlossen, der heute Mitternacht 12 Uhr beginnen und bis Montag, den 13. Juni, dauern soll. Die Streikbahn wird nicht verkehren; über die Haltung der Eisenbahner liegen keine näheren Mitteilungen vor. Auch die Zeitungen werden nicht erscheinen.

Landarbeiterstreik in Oberbayern.

Die „Post“ erzählt aus München: Auf hohen großen Gütern im Landkreis Starnberg in Oberbayern sind 400 Arbeiter in den Ausstand getreten, um ihren Stundenlohn von 1.93 Mark ohne Verpflegung zu verbessern. Ein von den Vertretern des Landarbeiterverbandes empfohlener Schiedsspruch des Einigungsamtes, der ihnen für Juni eine einmalige Abschlagszahlung von 80 Mark zubilligt, ist als unzureichend abgelehnt worden.

Die Ausperrung der Schichtarbeiter in Elbing.

Endlich haben die Organisationsvorstände dem Drängen der Streikenden nachgegeben und in einer Kartellbesprechung am Montag, den 6. Juni, zur Ausperrung der Schichtarbeiter Stellung genommen. Nach einigen Dreier- und Zweier wurde nachfolgender Antrag der ausstehenden Organisation, dem DVB, zur sofortigen Durchföhrung übermitten:

„Das Kartell der Freien Gewerkschaften Elbings, hierher dem 11.000 arbeiterliche Mitglieder haben, erklärt sich vollständig mit den ausgesperrten Arbeitern der Schichtwerke. Es erhebt die Forderung, dem ausstehenden Verbände, zu dem diesen Anliegen entsprechende Kampf sofort Stellung zu nehmen. Das Kartell spricht sich für eine aktive Unterstützung der ausgesperrten Kollegen aus und fordert alle organisierten Arbeiter auf, eine geschlossene Kampflinie gegen die zum System gehörende Politik der Unternehmer zu bilden.“

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, das Bezirksratel Offizieren und weiteren den DVB zu erlauben, sofort zur Ausperrung der Schichtarbeiter Stellung zu nehmen. Es wird von den Offizieren wie von den Kollegen des ganzen Reiches weitestgehende Unterstützung und Solidarität für die im schweren Kampf stehenden Arbeiter gefordert.

Außerdem wurde noch an den DVB, die Unterstützung für die Arbeiterschaft des westlichen Elbings zu leisten, sich und

Es lebe der Meuchelmord!

Mit Keulenschlägen wird es jeden Tag aufs neue in das Bewußtsein der Proletariat gehämmert, daß die herrschende Klasse ihr blutiges Regime nur noch aufrecht zu erhalten vermag mit Terror, Milderung, Raub und Mord! Immer größer wird der Reigen der Erschlagenen, Erschossenen, Gehängten, Erhängten und zum Wahnsinn gepeinigten Märtyrer der Revolution. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Eisner, Ledine, Jostiches, Sütt, — einer nach dem anderen wurde von den gebungenen Mördern der bürgerlichen Gesellschaft erschlagen.

Die Mörderzentrale der Rahrregierung hat in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag den unabhängigen Landtagsabgeordneten Gareis in München niederknallen lassen.

Der Mord an Gareis sollte für die Orgeschreibern in Bayern das Signal sein zur Ausrichtung der weißen Schreckensherrschaft, zur Veranstaltung von Pogromen und Blutbädern unter dem revolutionären Proletariat. Das Mordgestindel, auf das sich Rahr, Escherich, Ranzler und der berüchtigte Polizeilump Pöhner stützen, will den offenen Konflikt der Regierung mit der Einwohnerwehr provozieren.

Die bayerische Ordnungspresse hat täglich die gemeinsten Lügen und Verleumdungen gegen die Arbeiterklasse in die Welt gesetzt. Sie wurde dafür bezahlt und beschützt von dem Ministerpräsidenten Rahr, der der deutschen Regierung einen Fußtritt nach dem anderen versetzte. Wie geprügelte Hunde liefen die Minister in Berlin herum, wenn der Nordpräsident aus Bayern in Berlin den Willen monarchistischer Altkauen verkündete.

Der Belagerungszustand in Bayern, die Pogromhege gegen die Kommunisten und die Bewaffnung der bestehenden Klasse waren der Boden, auf dem der Mord des unabhängigen Führers geschehen mußte.

Die Kommunisten dürfen in Bayern seit langem keine Versammlungen abhalten, sie dürfen keine Zeitungen herausgeben, und die Regierung, die anderthalbhundert russische Jarensubjekte in Bad Reichenhall beherbergte, verweigerte Kommunisten die Einreise nach Bayern oder warf sie in die Gefängnisse.

Kommunisten stehen in Bayern außerhalb der Verfassung. Sie sind vogelfrei und jeder Gendarm kann sie verhaften. Jetzt war die Reihe an den Unabhängigen. Die linke Barrikade war niedergedrückt und die Sturmflut des weißen Schreckens mußte über die unabhängigen Arbeiter dahindrausen. Das erste Opfer wurde Gareis.

Die bayerische Orgeschpreß hat erst vor kurzem aufgefordert, Gareis niederzuschießen wie einen toten Hund. Der Mörder ist das feige und verkümmerte Werkzeug einer ebenso feigen und verkommenen Gesellschaftsklasse. Dieser Münchener Kunge wird über kurz oder lang ebenso das Ziel eines Mordplanes seiner heiligen Auftraggeber sein wie sein Berliner Kollege. Die Arbeiterklasse darf sich deshalb in ihrem heiligen Zorn nicht auf falsche Fährte locken lassen. Es handelt sich hier nicht um einen Einzelakt des individuellen Terrors, sondern um das Resultat eines kühl abgewogenen terroristischen Systems. Dieses blutbeladene System kann nur stürzen mit dem Sturz der letzten bürgerlichen Regierung.

Arbeiter! Wie viele eurer Führer wollt ihr noch meucheln lassen?

Diese neue Schandtat der herrschenden Klasse muß zu einem flammenden Fanal für das gesamte deutsche Proletariat werden. Die Arbeiter können nicht länger mehr zusehen, wie einer der ihren nach dem anderen abgeschlachtet wird.

Die Arbeiterklasse muß den proletarischen Selbstschuß organisieren!

Jeder Sprößling der Bourgeoisie trägt in Deutschland seinen Revolver bei sich, Student und Hochschüler, Offiziere und Freischärler laufen bewaffnet durch die Straßen.

Kein Arbeiter, der heute in einer Versammlung die Stimme gegen die Konterrevolution erhebt und es wagt, die Monarchisten ihre Schandtaten in Gesicht zu schleudern, ist sicher, ob er lebendig nach Hause kommt.

Arbeiter! Könnt ihr auch nur einen Tag länger diese Schmach dulden? Ihr seid die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Ihr seht die Maschinen in Gang und grabt die Kohlen im finstern Schacht. Eure Arbeit hält den Verkehr aufrecht und ermöglicht euren Mördern ihr lattes nichts-nutziges Dasein. Seid ihr Hunde, die sich zur Arbeit prügeln lassen? oder seid ihr ein starkes, freies Geschlecht, daß die Trägerin einer neuen Zukunft ist?

Die Kommunisten haben mehr als einmal die Arbeiterklasse aufgefordert, den proletarischen Selbstschuß zu organisieren. Die unabhängigen und sozialdemokratischen Führer waren es, die uns dafür verhöhlten. Noch vor wenigen Tagen sagten wir den Arbeitern: „Es gibt nur einen Weg, die organisierte und bewaffnete Macht der Bourgeoisie zu brechen, das ist die Organisation des proletarischen Selbstschußes. Wartet nicht darauf, bis die Parteien und Gewerkschaften dazu auffordern. Die zwölfte Stunde schlägt bereits. Es ist keine Zeit zum Warten.“

Was schrieb damals die „Freiheit“?

„Es soll also ein neuer Putsch eingeleitet werden. Die Arbeiter werden in verdeckter Weise aufgefordert, die Waffe zu gebrauchen.“ Demgegenüber müssen wir ihnen warnend zurufen: Laßt Euch nicht provozieren! Wenn Euch jemand in den Betrieben aufordert, die Waffe zu gebrauchen, so seid Ihr verpflichtet, ihn zu fragen, ob er ein Lockspiegel oder ein gekaufter Agent der Bourgeoisie ist. Duldet nicht länger, daß politische Narren ein unverantwortliches Spiel mit Euren Lebensinteressen, mit Eurer eigenen Existenz und der Existenz der gesamten Arbeiterbewegung treiben. Fort mit Putschismus und Militarismus, zurück zu den Methoden des proletarischen Klassenkampfes!“

Was aber schreibt die „Freiheit“ heute, nachdem einer ihrer eigenen Genossen durch die Kugeln der Mörderzentrale Escherichs erledigt wurde?

„Jetzt heißt es aber: Genug! Gareis darf nicht umsonst gefallen sein. Der Mord verlangt Sühne“

Die Regierung Rahr muß fort!

Boehner gehört wegen Begünstigung des terroristischen Treibens vor Gericht!

Bayern muß endlich der regierenden Barbarei entrissen werden!

Der Belagerungszustand, die Volksgerichte müssen sofort beseitigt werden!“

Das alles schreibt heute die „Freiheit“, nachdem ihr durch den neuen politischen Meuchelmord die Augen aufgegangen sind über die wirklichen Zustände in Deutschland, nachdem sie durch die Revolverschüsse der Konterrevolution aus ihrem parlamentarischen Traum aufgeschreckt worden ist.

Wir fragen: Wie will die USPD, die Rahrregierung beseitigen?

Die USPD ist Regierungspartei. Sie ist mitverantwortlich für die Taten der Regierung in ganz Deutschland. Will sie mit parlamentarischen Mitteln die Schandbuben der Mörderzentrale auf die Knie zwingen?

Herr Rahr pfeift auf die Reichsregierung.

Die Orgeschbanditen pfeifen auf den Entrüstungsrummel, der jetzt durch die Presse geht. Der tut ihnen nicht weh. Erst wenn die eiserne Faust des Proletariats auf ihre Schädel niederläuft, dann kann von einer Beseitigung der Orgeschregierung die Rede sein. So stellt auch der Mord an Gareis das deutsche Proletariat vor die Alternative

Entwaffnung der Bourgeoisie — Bewaffnung der Arbeiterklasse!

Der Mord an Gareis ist weder eine bayerische noch eine Parteiangelegenheit. Er ist die Sache der gesamten Arbeiterschaft!

Arbeiter! Ihr könnt dem Wüten des weißen Schreckens nicht länger mehr tatenlos zusehen. Die Scham röhrt euch im Gesicht brennen über die Schmach, die euch von der herrschenden Klasse täglich angetan wird. Jetzt ist es Zeit einig zusammenzutreten und einig zu handeln! Am Schauplatz der ruchlosen Tat sind die Arbeiter bereits in den Generalstreik getreten — ganz unmittelbar, aus innerer Empörung heraus! In Bayern rüsten die Organisationen der Arbeiter zum Kampf!

Es handelt sich um eure Sache! — Nur die Tat macht euch frei!

Es ist für die Bewaffnung einer jeden Forderung einzusehen und den Kampf um deren Durchföhrung anzuschauen. Auf Antrag der SPD und USPD, die im Kartell der Reichsbahn haben, wurde das Kartell endlich getrennt. Die in diesem Ausdrack enthaltene Kritik war ihnen zu klein.

Der Kampf der Schichtarbeiter hat gewissermaßen dadurch an Bedeutung, daß man auch die Kommunisten die Pflicht hat, ihre Verhältnisse zu klären. Die Unternehmer planen, auf diese Weise den Arbeitern das Einverständnis zu einer illegitimen Selbstentwaffnung abzugewinnen und außerdem wollen die Unternehmer ihre Betriebe von allen „Fremden“ freimachen. Die Arbeiterschaft des ganzen Reiches, die morgen schon in der gleichen Lage stehen kann, wie die Elbinger Schichtarbeiter, hat alle Ursache, ihre Organisationen zu zwingen, daß sie mit ihrer ganzen Macht den komplizierten Elbinger Arbeiter beistehen.

Gefängnis für Streikpostenstellen.

Das Amtsgericht Elbing erklärt, wie die „Freiheit“ erzählt, am 2. Juni eine Verfügung, die das Streikpostenstellen vor dem Schichtwerk bei Haftstrafe bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis 1500 M. für jeden Fall verbietet.

Produktionslabotage des Werftkapitals

Wir haben schon berichtet, daß die „A.-G. Werft“ in Bremen Entschlossen in großen Umfang vorzugehen wollte. Der Betriebsrat hat darauf geantwortet und Beschlüsse gemacht, wie folgende Arbeit weiterbeschäftigt werden können, indem an die Ausführung aller notwendigen Reparaturen gegangen werden sollte.

Das es aber dem Werftkapital nicht auf die Hebung der Produktion und auf den Wiederaufbau ankommt, sondern lediglich auf höhere Profite, beweisen die Mitteilungen, die in einer Werftarbeiter-Versammlung gemacht wurden. Dort wurde vom Betriebsrat berichtet, daß von den Unternehmern außer der Arbeiterentlassung noch beabsichtigt wird, eine neue Arbeitsordnung mit Strafbestrafungen einzuführen. Die neue Arbeitsordnung bedeutet die Abschaffung der letzten färglichen Ertragsmehrfachen und die Wiedereinföhrung vorzüglichster Zustände. So verstanden die Werftunternehmer, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, indem sie über hohe Materialpreise zeteren (die sie übrigens selbst in die Höhe treiben), wollen sie weitere Milliarden von der Regierung locker machen. Gleichzeitig veruchen sie, die Löhne zu drücken und den Achtstundentag aufzuheben. Die Unternehmer wissen sehr gut, daß die planmäßige Produktionslabotage bessere Profite abwirft als der Wiederaufbau der Wirtschaft — so sehr sie das letzte auch immerfort zur Beherrschung der Arbeiter im Munde führen.

Dagegen muß sich die gesamte Arbeiterschaft mit allen Mitteln wehren. Die Werftbetriebsversammlung hat folgende Resolution angenommen:

„Die Maßnahmen der Werftkapitalisten bedeuten eine Sabotage der Produktion und stehen im engsten Zusammenhang mit der Erfüllung der Ententeorderungen.“

Heute ist jede Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten jeder Reformismus, überhaupt jeder Versuch, innerhalb der bestehenden Produktion eine wesentliche Besserstellung der Arbeiter zu erreichen, ein Verbrechen.

Die Maßnahmen der Werftkapitalisten bedeuten eine Sabotage der Produktion und stehen im engsten Zusammenhang mit der Erfüllung der Ententeorderungen.“

Heute ist jede Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten jeder Reformismus, überhaupt jeder Versuch, innerhalb der bestehenden Produktion eine wesentliche Besserstellung der Arbeiter zu erreichen, ein Verbrechen.

bei Arbeit in der Fabrik... Die gewerkschaftlichen Massenorganisationen haben in dieser... Die Arbeiterbewegung... keine Lohnhöhung sondern Lohnabbau...

Keine Lohnhöhung sondern Lohnabbau.

Zur Aussperrung im Rüdorsdorfer Bezirk.

Im Rüdorsdorfer-Rastberger Industriebezirk befinden sich seit dem 27. Mai in allen Betrieben die Handwerker im Streik... Die Forderungen... Der Schlichtungsausschuss für Groß-Berlin hat unter dem 28. März folgenden Schiedspruch gefällt:

Die Schmach der Kindermisshandlungen.

Der Prozess Rambohr. In der Fortsetzung der Zeugenvernehmung kommen immer neue Misshandlungen ans Tageslicht. Der Schüler Robert von Waegner, der 8 Jahre alt war, als er verhaftet wurde...

Auffall zu Betriebskilleungen?

(W.B.) Berlin, 9. Juni. Die durch unsere Ententeleistungen, den Fortfall der Lieferungen im Ruhrgebiet und insbesondere durch das Ausbleiben aller Sendungen aus Oberschlesien immer schwieriger werdende Steinkohlenlage...

Der sächsische Landtag gegen den Verfassungsbruch.

Dresden, 7. Juni. Die Plenarsitzung des sächsischen Landtags hat die wegen Teilnahme an der Märzbewegung beantragte Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Kerner und Schneller gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Die bessere Braut.

Von Konrad Loele. Der Klee stand fett und hoch. „Das gibt Milch,“ sagte Meta, Andings Frau. Der Bauer Anding hatte eben ein Stück gehauen, gerade genug, um den kleinen Leiterwagen vollzuladen...

Dauerfabrikage der Bürgerlichen im Braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 9. Juni. Als in der heutigen Sitzung der Landesversammlung darüber abgestimmt werden sollte, daß der Staatshaushaltplan dem Finanzausschuß zur Vorberatung übermiesen werden soll...

Wie Orgeß entwaffnet.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes abgefangene Telegramm: Bank Rinschotel München. Organisations hat keine Zeit umzusehen. Orgeß muß Reichskanzler wegen Verfassungsverstoß in Anklage bringen...

Der Sozialpatrist Calver schreibt.

„Zur Erfüllung des Ultimatus ist es nötig, daß die Regierung darauf hinwirkt, daß die Lebenshaltung des Proletariats mindestens um die Hälfte oder noch mehr gegenüber der heutigen herabgesetzt wird.“

Die Regierung ist mit Hilfe der SPD, USPD, und USPD-Führer darauf und dran, diese Rückschläge in die Tat umzusetzen.

Arbeiter! Zwingt die USPD, und den USPD, zum Kampf um die von ihnen selbst aufgestellten Forderungen! Weg mit jedem, der der Vereinigung des Proletariats zum einheitlichen Kampfe im Wege steht!

Die Schmach der Kindermisshandlungen.

Der Prozess Rambohr. In der Fortsetzung der Zeugenvernehmung kommen immer neue Misshandlungen ans Tageslicht. Der Schüler Robert von Waegner, der 8 Jahre alt war, als er verhaftet wurde...

Die Ingeriösen Proletarier.

Christliche Arbeiterbeschimpfung. Der Zentrumsabgeordnete Baumann erlaubte sich in der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages folgendes zu erzählen: „Man solle doch endlich aufhören, von dem Elend der Arbeiter zu reden und sich lieber einmal darüber Gedanken machen.“

Die Ingeriösen Proletarier.

Christliche Arbeiterbeschimpfung. Der Zentrumsabgeordnete Baumann erlaubte sich in der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages folgendes zu erzählen: „Man solle doch endlich aufhören, von dem Elend der Arbeiter zu reden und sich lieber einmal darüber Gedanken machen.“

Die Ingeriösen Proletarier.

Aber in der großen Stube saß auf dem neuüberzogenen Sofa ihr früherer Knecht Paul mit seiner jungen Frau. „Paul, gucke da!“ „Wir machen nur einen kleinen Abstecher von Berlin. Mit dem D-Zug fahren ist das ja keine große Sache. Hier, meine Frau. Guten Tag, Herr Anding.“

„Wieviel mehr bringen von zum...“ „Aber in der großen Stube saß auf dem neuüberzogenen Sofa ihr früherer Knecht Paul mit seiner jungen Frau.“

Das obereschlesische Problem.

Noch immer ist Oberschlesien der Jankepot zwischen England und Frankreich. Englands ganze Haltung in der obereschlesischen Frage ist deutlich von dem Willen beeinflusst, erträgliche, ja gute Beziehungen zu der Ebert-Republik herzustellen.

Das obereschlesische Problem.

Noch immer ist Oberschlesien der Jankepot zwischen England und Frankreich. Englands ganze Haltung in der obereschlesischen Frage ist deutlich von dem Willen beeinflusst, erträgliche, ja gute Beziehungen zu der Ebert-Republik herzustellen.

Das obereschlesische Problem.

Frankreich hält es gegenüber England im Osten an der bisher verfolgten Linie seiner Kontinentalpolitik fest. Es betrachtet die Polen als Alliierte, verlangt die Entwaffnung und Auflösung des deutschen Selbstschutzes und Zuteilung des obereschlesischen Industriegebietes an Polen.

Das obereschlesische Problem.

Die obereschlesische Frage ist für den Imperialismus unlösbar. Sie verwandelt die Beziehungen zwischen den Ententemächten in einen ständigen Widerstreben der Tendenzen. Bieleicht, ja wahrscheinlich zwingt die Weltlage Frankreich und England zu einem Kompromiß.

Das obereschlesische Problem.

Die obereschlesische Frage ist für den Imperialismus unlösbar. Sie verwandelt die Beziehungen zwischen den Ententemächten in einen ständigen Widerstreben der Tendenzen. Bieleicht, ja wahrscheinlich zwingt die Weltlage Frankreich und England zu einem Kompromiß.

Das obereschlesische Problem.

„Es ist Freitag,“ sagte der alte Anding einfach, und dann ging er, um die Pferde zu besorgen. „Schließ den Hof ab und laß den Hund los!“ rief ihm seine Frau nach. Tatsächlich war es draußen recht belebt. Kinder mit leeren und halbgefüllten Beuteln, Mädchen und Frauen mit Handtaschen, alte Herren mit Kuchfächern liefen von Haus zu Haus.

Die Menschewisten und der Brandler-Prozess.

Die Organe der beiden sozialdemokratischen Regierungsparteien, der „Vorwärts“ und die „Freiheit“, bemühen sich auf das lebhafteste, aus dem Prozess gegen den Genossen Brandler Material für die „Vernichtung“ der U.S.P.D. zu gewinnen. Sie hoffen von einem „Zusammenbruch des Putzschismus“ und einem „Missverständnis mit blutigem Ausgang“, wo doch weder von einem Putz noch von einem Missverständnis die Rede sein kann, denn nie und nimmer hatte die Märzaktion der kommunistischen Partei sich das Ziel gesetzt, die Staatsmacht zu erobern.

Diese Auffassung konnte erst entstehen, durch die Gerüstredaktion Paul Levis, der in seiner Denunziationsproklamation den Unsin von dem „bolschewistischen Putzschismus“ ausbrachte, um seine eigene Passivität, seine Schuld an der mangelnden Vorbereitung der Partei für die Aufstellung der inneren Kampffront bei der Zuspitzung der äußeren Krise des deutschen bürgerlichen Staates zu vertuschen. Nur so konnte die Meinung aufkommen, daß es sich für die U.S.P.D. im März darum gehandelt habe, die Verfassung zu stützen, nur so ist es möglich, die demagogische Verwunderung der S.P.D. und U.S.P.D. Schmöcke über die ebenso kluge wie geschickte Verteidigungsrede unseres Genossen Brandler zu begreifen.

Brandler mußte versuchen, dem Staatsanwalt, der schon Levis Proklamation zückte, diese Waffe aus der Hand zu schlagen, nicht nur in seinem, sondern im Interesse aller Genossen, die der weißen Mordjustiz ausgeliefert sind. Er mußte gegenüber den Verdrehungen der Vertreter in den eigenen Reihen aufzeigen, daß die objektiven Grundlagen für die Notwendigkeit der Aufstellung der inneren Kampffront für die Verschärfung des deutschen Klassenkampfes gegeben waren in einem Moment, wo die allerernsteste Gefahr eines neuen kriegerischen Zusammenstoßes nicht nur zwischen der deutschen und polnischen imperialistischen Bourgeoisie in der oberschlesischen Frage, sondern auch mit der Entente bestand — in einer Zeit, wo Kahr seine große Rede zu der Entwaffnungsfrage hielt, und betonte, daß er sich für Bayern nicht an die Bestimmungen des deutschen Entwaffnungsgesetzes halten könne, daß er keinen bayerischen Orchestromann verdammen könne, der die Waffen nicht abgibt.

Das waren die objektiven Grundlagen, von denen der Genosse Brandler in seiner Rede ausging. Die Tatsachen haben der U.S.P.D. Recht gegeben. Der Entschluß in Oberschlesien ist entbrannt. Mehr als 3000 Teile von Gewehren, teils mit Hilfe des illegalen Apparates der Reichsmehr bewaffnete Weisgardisten stehen an der oberschlesischen Front noch heute mit den Polen im Kampf.

Die „Vorwärts“ und „Freiheit“-Apostel hüten sich sehr wohl auf diese konkreten Grundlagen der Aktion der U.S.P.D. einzugehen, um nur nicht ihre eigene schändliche Haltung gegenüber der Zuspitzung der politischen Situation ihren Verrat gegen die Gesamtinteressen des Proletariats offenbar werden zu lassen. Aber der überaus laue „Vorwärts“, in dem Bemühen, sich in dem blendend weißen Kleide sozialdemagogischer Parteiloyalität zu zeigen, verwickelt sich doch, wenn er im Anschluß an Brandlers Neuerung, nur Narren und Idioten hätten die Absicht haben können, im März durch eine Aktion die Verfassung zu stützen, wenn er zum Hinweis Brandlers auf die Schuld der Regierung und ihrer Spitzel an den vereinzelt publizistischen Begleiterscheinungen der Märzaktion in Mitteldeutschland schreibt:

„Eine bessere Betrachtung des sozialdemokratischen Standpunktes, daß an einer Erregung von Putzsch nur die Feinde der Arbeiterklasse interessiert seien, hätten wir uns gar nicht übersehen können.“

Wir erlauben uns die bescheidene Frage, ob der „Vorwärts“ weiß, wer diese Feinde der Arbeiterklasse sind, die im März an der Erregung von terroristischen Akten ganz unheimlicher Natur ein Interesse hatten. War es nicht der sozialdemokratische Oberpräsident Hörsing, der unter dem Vorwande, Diebstähle zu verhindern, 13 Hundertschaften Schutzpolizei nach Mitteldeutschland sandte?

Die U.S.P.D. war damals mit Recht der Meinung, daß man nicht Tausende von Schutzpolizisten mobilisieren aus dem lächerlichen Grunde, es seien Diebstähle vorgekommen. Der Sozialdemokrat Severing hat es ja offen eingestanden, daß das was die U.S.P.D. vermutete, den Tatsachen in jeder Weise entsprach. Severing hat sich vor dem Landtag als preußischer Polizeiminister der klugen Strategie gerühmt, mit der es ihm gelungen sei, die Stellung der kommunistischen Partei in ihrer Hochburg, im mitteldeutschen Industriegebiet, zu erschüttern.

Die Feinde der Arbeiterklasse, die an der Erregung von Putzsch interessiert sind, haben sich selbst entlarvt, die Feinde der Arbeiterklasse, die durch Provokationen die Proletarier vor die Maschinenengewehre der Weisgardisten zu treiben versuchen, es sind ja Sozialdemokraten wie die Herr Severing und Hörsing.

Und doch wagen es diese Heloten des Kapitals, diese willfährigen Provokateure im Interesse der Bourgeoisie, an dem Brandlerprozess ihr Parteilumpen zu hoch zu halten. Sie wagen es, die Arbeiter aufzufordern, sich unter dem Banner der Partei Hörsings und Severings zu sammeln. Sie proklamieren die Einheitsfront des Proletariats unter der Führung der sozialdemokratischen Partei, der Partei, die in ihren Reihen gerade die Leute beherbergt, die der „Vorwärts“ mit Recht als Feinde des Proletariats, als Provokateure im Dienste der Rechtsparteien charakterisiert.

Auch die „Freiheit“ bemüht sich lebhaft zu beweisen, daß die U.S.P.D. als Partei ihr Daseinsrecht verdirbt habe. Sie sei ohne eigene selbständige Grundlage, die U.S.P.D. allein habe das Anrecht, sich als die revolutionäre politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse hinzustellen. Das Eigene der kommunistischen Partei sei nur ihre Taktik, die allerdings sich von der Taktik der U.S.P.D. gründlich unterscheidet. Um ihre Behauptungen zu beweisen, greift das Zentralorgan der U.S.P.D. einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze der Brandlerschen Rede auf, die im Zusammenhang mit den Gesamtausführungen unseres Genossen gerade nichts mehr betonen als die Notwendigkeit, daß die kommunistische Partei durch selbständige Aktionen, durch ebenso kühne wie geschickte Initiativen, die durch die Schuld der Sozialverräter und Sozialparasiten in schändliche

Die Wahrheit über den „kommunistischen Aufbruch“ in Mitteldeutschland.

Berichterstattung im Untersuchungsausschuß des Landtages.

Auf Antrag der Rechtsparteien wurde nach der Debatte über die Märzvorgänge in Mitteldeutschland vom Preussischen Landtag ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der über Ursache, Verlauf und Folgen der Kämpfe in der Provinz Sachsen Erhebungen anstellen soll. Welche Absichten die Reaktion mit diesem Ausschuss verfolgt, war bereits in den ersten beiden Sitzungen festzustellen. Man will den Beweis, daß das demokratisch-parlamentarische Regime Bankrott gemacht hat, dadurch liefern, daß behauptet wird, die Unfähigkeit eines Severing, Hörsing und der ihnen gesinnungsverwandten Landräte hätte den Boden geschaffen, auf dem die Unruhen erwuchsen. Diese Absicht wurde noch deutlicher offenbar in der Sitzung des Ausschusses vom 7. Juni, die die Berichte der befehligen Berichterstatter entgegennahm. Für die Rechtsparteien sprach zuerst der Deutschnationaler Dr. v. Dryander. Seine Auffassung suchte der deutschnationaler Redner zu stützen mit allerhand Anekdoten und Lügenberichten, die für den edlen Zweck der Kommunistenhege von Denunzianten, Spitzeln und anderen ebenso ehrenwerten, dem Schutz des Klassenstaates dienenden Gesellen meist gegen gute Bezahlung in die Welt gesetzt werden. Es lohnt nicht, sich mit diesem Schwindel auseinanderzusetzen.

Demgegenüber strebte das Referat des Unabhängigen, Dr. Liebknecht, dem Ziele zu, Einblick in die treibenden Kräfte des politisch-militärischen Unternehmens gegen Mitteldeutschland, das die Kämpfe zwischen Schupo und den Arbeitern erst ausgelöst hat, zu gewinnen. Diese Richtung mit Energie einzuschlagen, war Dr. Liebknechts Absicht gewesen, als er bei der Aktienprüfung im Büro des Staatskommissars Welsmann die Erfahrung machen mußte, daß man ihm einen Teil der politischen Berichte vorenthielt, die „Vertrauensmänner“ — also Spitzel — geliefert hatten. Was die von der Regierung öffentlich bekanntgegebenen Gründe für die Polizeialaktion in Mitteldeutschland anlangte, so habe er (Liebknecht) aus dem allemächtig vorliegenden Material nicht feststellen können, daß im Bezirk Merseburg übermäßig viele Eigentumsvergehen stattgefunden hätten. Die Kriminalität sei in Merseburg und Mansfeld vermutlich nicht größer, als in anderen industriellen Gegenden. Nach einem Bericht der Mansfelder Gewerkschaft, der beim Oberpräsident am 4. Mai (!) eingegangen sei, wären von der Firma im letzten Jahre 28 Diebstähle mit einem Schaden von 200 000 M. angezeigt worden, darunter allein zwei Edelmetaldiebstähle mit 140 000 Mark Wert. In 20 von diesen Fällen seien übrigens die Täter durch die Ortsbehörden ermittelt und der Bestrafung zugeführt worden. Von den Klebed-Montau-Werken sei gar erst am 18. Mai (!!) ein Bericht eingegangen über Diebstähle, der jedoch ganz ungenau und ohne nähere Angaben war. In bezug auf die Diebstähle im Leunawerk sei stets von Millionenbeträgen gesprochen worden; aber ein Beweis für diese Behauptung sei in den Akten nicht zu finden. Die in der Öffentlichkeit genannten Zahlen und Beträge seien jedenfalls ungeheure Übertreibungen gewesen zu dem Zweck, stärkere Polizeitruppen aus anderen als Sicherheitsgründen nach Mitteldeutschland zu bekommen. Diese Vermutung — sagte Dr. Liebknecht weiter — würde gestützt durch die ausgesprochen militärische Ansehung und Durchführung der Aktion. Man habe sie geführt nicht wie ein Polizeiuunternehmen zur Sicherung des Eigentums, zur Verhinderung von Straftaten und zur Ergreifung von Dieben, sondern man habe sie von vornherein auf Niederwerfung eines Feindes eingestellt, insbesondere durch die Art der Bewaffnung. Diese Tatsachen zwingen den Ausschuss zur Beantwortung der bedeutsamen Grundfrage, ob sich die Märzaktion überhaupt auf dem Rechtsboden befunden hätte.

Denn die Ausübung der polizeilichen Aufgaben seien im Gesetz genau festgestellt und zwar den Gemeinden zugewiesen. Die nach Mansfeld zuerst entsandte, unter dem Kommando des Majors Kulte stehende Truppe habe vollkommen selbständig operiert, habe keinerlei Verbindung mit den Orts- und Kreisbehörden gesucht, habe sogar eigene Kriminalbeamte mitgeführt und habe alle von einflussreichen Stellen ihnen zugegangenen Warnungen über die Gefährdung von Ruhe und Ordnung durch die Besetzung ausgehört. Verdächtig sei, daß die Kampfhandlungen in Eisenberg in der Nacht vom 22. zum 24. März begonnen hätten mit einem Generalüberfall auf das von der Polizei besetzte Seminar, bei dem es keinerlei Opfer auf Seiten der Polizei, nicht einmal

Verwundungen gab, und der von der Schupo nicht erwidert worden sei. Dringender Aufklärung bedürfte die Tatsachebehauptung, daß nach dem Ausbruch des Kampfes thüringische Minister eine Vermittlungsaktion angeboten hätten, die man jedoch ablehnte. Der opferreiche, schadenstiftende militärische

Angriff gegen das Leunawerk sei nach Auffassung des Berichterstatters vollkommen überflüssig gewesen.

nachdem die bewaffneten Arbeiter in der Nacht zuvor abgerückt und im wesentlichen nur noch Postkutscharbeiter im Werk waren, die überdies ausdrücklich den Beschluß gefaßt hatten, das Werk zu übergeben, um Blutvergießen zu vermeiden. Trotzdem sei das Leunawerk mit Artilleriefeuer belegt worden. Die Antwort des Krage auf seine (Dr. Liebknechts) Frage, warum man nicht verhandelt hätte, um eine kampflöse Übergabe zu erreichen, er habe im vorigen Jahre im Ruhrgebiet schlechte Erfahrungen gemacht mit Verhandlungen, sei keine genügende Rechtfertigung. Er könne vielmehr den Verdacht nicht los werden, daß die Aktion dem Zweck diene, aus politischen Gründen eine Explosion herbeizuführen.

Die U.S.P.D. habe die Aktion kaum veranlaßt, auch sei ihr Ziel nicht Sturz der Regierung gewesen. Die behauptete massenhafte Beteiligung von Ausländern sei bisher nicht erwiesen. Im Vergleich zu den verhafteten und verurteilten Deutschen sei die Zahl der festgenommenen oder getöteten Ausländer außerordentlich gering.

Gegenstand der Untersuchung müßten vor allem auch die behaupteten Greuel werden. Vieles sei in dieser Hinsicht gewiß tendenziös aufgebauscht worden. Das ginge schon aus dem Art und Weise hervor, wie die Meldungen über die angebliche Verstümmelung bei Gröbers gefallener Schuposoldaten zustande gekommen seien. Der Stabsarzt, der die Leichen am 4. April untersuchte, habe wohl erhebliche Kopfverletzungen bei einzelnen fest festgestellt, aber nichts von ausgebleichen Augen. Lediglich eine Stichwunde wurde unter dem Auge festgestellt. Einige Tage darauf wurde ein Leutnant vernommen, der schon einen Messerstich ins Auge bemerkt haben will. Wieder einige Tage später bekundet ein Schupowachmeister ein ausgefuchenes, heraushängendes Auge, und endlich am 28. April, nachdem die Leichen längst beerdigt waren, heißt es in der Aussage eines Wachtmeysters,

bei einem der Gefallenen seien die Augen ausgehöhlt gewesen!

Was wahr an diesen seltsam gestylten Bekundungen wäre, die in der Form der letzten Aussage in die Öffentlichkeit gebracht worden seien, ist nirgends festgestellt. Ihm, dem Berichterstatter, habe man nicht einmal die angeblich vorhandenen Photographien vorgelegt. Aber einigermaßen auffällig sei die Differenz zwischen dem Falbbeschreibung des Arztes und den öffentlich verbreiteten Greuelberichten.

Der Vorsitzende des Ausschusses, der Rechtssozialist Kuttner, seine regierenden Parteifreunde schlecht weg. Und die Liebknechtschen regierenden Parteifreunde schlecht weg. In beiden kommen seine regierenden Parteifreunde schlecht weg. Und die Liebknechtschen Darlegungen waren ihnen gewiß noch unangenehmer, als die des Abg. v. Dryander, da sie als Beweismaterial nicht verwertbar, Magdeburger und Merseburger Lügen- und Spitzelbericht anzusehen, sondern die tatsächlichen Geschehnisse. Es wird die Aufgabe unserer im Ausschuss tätigen Genossen sein, diese Tatsachen in den weiteren Verhandlungen gehend zur Geltung zu bringen, damit die breitetste Öffentlichkeit die Wahrheit über den „kommunistischen Aufbruch“ in Mitteldeutschland erfährt. Daß sie für diejenigen vernichtend sein muß, die unsere Partei anklagen, daß sie sehr bald das schamlose Lügengewebe zerreißen wird, hinter dem man die U.S.P.D. und unsere am Kampf beteiligt gewesen Genossen beschimpft, verdächtigt und eingekerkert hat, ist nach den Darlegungen von Dr. Liebknecht nicht zweifelhaft, wenn nur der Ausschuss sich Mühe gibt, die objektive Wahrheit zu ermitteln.

In der nächsten Sitzung, zu der die Referate im Druck vorliegen werden, sollen die Beweisangebote formuliert und der Beweisbeschluss gefaßt werden. Danach soll die Vernehmung von Zeugen beginnen, sowie eine Bereisung des Kampfgebietes stattfinden.

Passivität versunkenen großen Arbeitermassen nicht nur in Bewegung versetzen, sondern sie auch geistig und organisatorisch von ihrer bewußt oder unbewußt konterrevolutionären Führerschaft loslösen müsse. Diese Aufgabe der Gewinnung der breiten Massen der Arbeiterklasse vor der Eroberung der politischen Macht zur Ausübung der proletarischen Diktatur erheischt nicht nur Propaganda, sondern Offensivaktionen der kommunistischen Partei.

Diese Taktik erregt allerdings das lebhafteste Mißfallen der U.S.P.D. Fürchtet sie doch ihren vollkommenen Bankrott um so mehr, da sie jetzt Regierungspartei geworden ist.

Wie die Taktik der nach Ministerposten schielenden Führerlinge und Erbsippen aussieht, das erhellt auch aus den geschilderten Verhören der „Freiheit“, die Opposition, die in den U.S.P.-Reihen unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Rosenfeld bereits ihr Haupt erhebt, totzuschweigen. Immer loyal und ehrlich trägt Erbsippen zu sagen. Die Arbeiter werden die richtige Antwort auf die loyalen und ehrlichen Rückfragenversuche der Scheidemanns und der Erbsippen im rechten Augenblick zu geben wissen. Schon heute sind diese als Helfershelfer der Bourgeoisie demaskiert.

Die monarchistische bewaffnete Reaktion sieht über das bewaffnete Proletariat zu Gericht.

(Ueber 18 Jahre Zuchthaus für 12 Arbeiter.)

(Dresdener Sondergericht)

Das Dresdener Ausnahmegericht hat am 3. Juni 12 kommunistische Arbeiter unter dem Vorwande, daß sie einen bewaffneten Haufen gebildet und gegen das Entlassungsgesetz verstoßen hätten, zu verurteilt.

18 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 9 Monate Gefängnis und 41 Jahre Ehrverlust

Bürgerliche bewaffnete Organisationen ehemaligen Offiziere, Burdenschaftler und alles mögliche bürgerliche Gesindel, das sich zu Selbstschutzorganisationen formiert, bewaffnete Haufen bildet, hunderttausende Gewehre, Maschinenengewehre, Minen, Geschütze usw. verschiebt, denen spricht der Reichskanzler in höchst eigener Person seinen Dank für ihre Heimmattreue aus, wenn sie, wie jetzt in Oberschlesien, ihrer blutigen Rollen gegenüber — mitunter auch ein paar deutschen Arbeitern gegenüber — die Fingel schreien lassen. Die Gewerkschaftler und Sozialdemokraten sagen diesen „Heimmattreuen“ ebenfalls ihren herzlichsten Dank.

Auß der Herr Reichskanzler aber doch schon ein Entwaffnungsgesetz auch gegen die bewaffneten, schlagfertigen Haufen der monarchistischen Reaktion erlassen, dann entschuldigt er sich hundertmal bei ihnen, daß er diesen Miß Papier auf den Druck der Entente hin unterschreiben mußte und versichert, daß er selbstverständlich gar nicht daran denke, wirklich die Orgeheul und die Gewohnheitswehr zu entwaffnen. Die Staatsanwälte aber und Richter, von denen der größte Teil wegen Verweigerung gegen das Entwaffnungsgesetz und wegen der Bildung von bewaffneten Haufen auf dieselbe Anklagebank gehören, auf der jetzt die Arbeiter sitzen, diese selben Herren verurteilen Arbeiter zu Zuchthaus und Ehrverlust. Diese offene Diktatur der monarchistischen Reaktion traut noch immer das Mäntelchen der demokratischen Republik. Der Sozialdemokrat Ebert ist der Schöpfer der widergesetzlichen Sondergerichte. Diese Sondergerichte sind jetzt nach den Richtlinien der Sozialdemokraten geordnet. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die